

Drucksache:
0194/2015/IV

Datum:
16.09.2015

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

Versorgung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Gemeinderat	16.09.2015	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Gemeinderat nimmt diese Informationen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	

Zusammenfassung der Begründung:

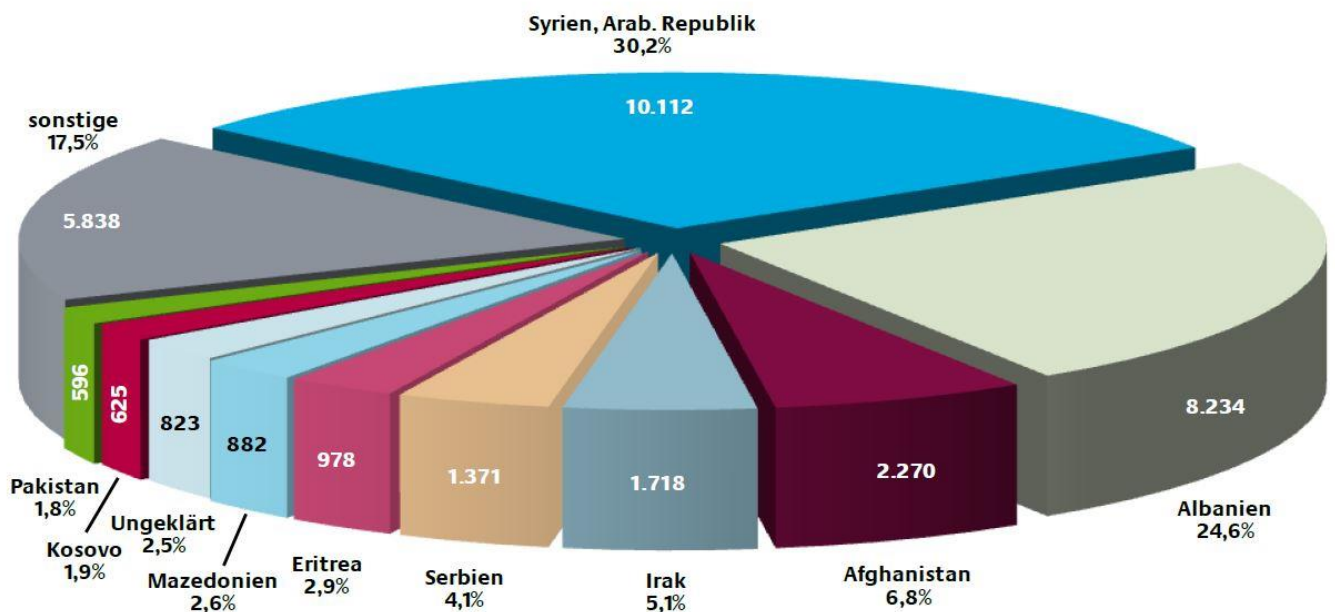
Die Verwaltung informiert den Gemeinderat mit dieser Vorlage über die aktuelle Flüchtlingssituation im Land.

Begründung:

1. Ausgangslage:

Die Flüchtlingssituation in der Bundesrepublik ist dramatisch wie nie zuvor. Allein im Juli sind in Deutschland 79.000 Asylbewerber angekommen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat am 19.08.2015 für 2015 bis zu 800.000 Asylbewerber prognostiziert – etwa 4 x so viele wie im Vorjahr. Mittlerweile ist auch diese Prognose überholt, die Bundesregierung rechnet für das laufende Jahr mit der Ankunft von einer Million Flüchtlingen.

2. Herkunftsländer der Flüchtlinge im August:



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

3. Verteilung:

Innerhalb Deutschlands werden die Flüchtlinge nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel, der sich anhand von Bevölkerungszahl und Steuereinnahmen berechnet, auf die Bundesländer verteilt. Danach muss Baden-Württemberg 12,97496 % der ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. Tatsächlich stellt Baden-Württemberg derzeit circa 27 % aller Erstaufnahmeplätze in Deutschland.

Im Monat August belief sich die Gesamtzahl der Zugänge in Baden-Württemberg auf rund 15.000 Personen, im September kamen bis einschließlich 14.9.2015 bereits 12.116 Personen nach Baden-Württemberg.

Innerhalb von Baden-Württemberg werden die Flüchtlinge zunächst in sogenannte Landeserstaufnahmestellen (LEA's) verteilt. In der Vergangenheit befand sich die einzige LEA in Karlsruhe, aufgrund der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen wurde mit dem Aufbau weiterer LEA- und BEA-Standorte begonnen.

4. Situation in PHV

Das Land hat Ende 2014 ein zeitlich befristetes Winternotquartier für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in Betrieb genommen. Dem hatte der Gemeinderat in seiner Sitzung am 13.11.2014 zugestimmt. Im Frühjahr 2015 trat das Land an die Stadt heran mit der Bitte auf Verlängerung der Nutzung, da sich die Flüchtlingssituation weiter verschärft hatte. Auch diesem Wunsch stimmte der Gemeinderat unter bestimmten Bedingungen zu, die entsprechende Vereinbarung mit dem Land wurde am 24.7.2015 vom Land unterschrieben und enthält die folgenden Eckpunkte:

- Befristung bis 30.4.2016 mit Verlängerungsoption
- Belegung mit 1.000 Asylbewerbern, in begründeten Notfällen kann eine Belegung bis maximal 2.000 erfolgen.
- Das Land gewährleistet Sozial- und Sicherheitsstandards, einen regelmäßigen Shuttle-Transfer, Angebote zur Tagesstrukturierung, eine lageorientierte Polizeipräsenz und die Einrichtung eines offenen W-LAN

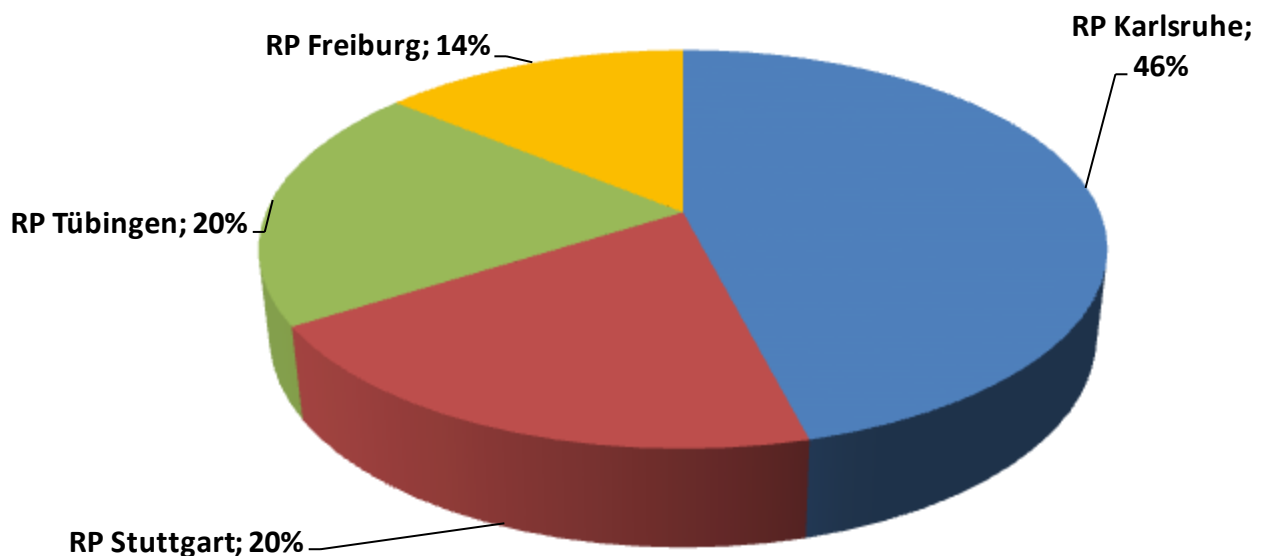
Die aktuelle Lage in Patrick Henry Village (PHV) stellt sich wie folgt dar:

- laut Regierungspräsidium (RP) leben in PHV derzeit etwa 3.600 Flüchtlinge
- der Bus-Shuttle wurde eingerichtet
- die Heidelberger Polizei wurde regulär nicht aufgestockt; stattdessen wurden auf 8 Wochen befristete Brennpunkteinsätze bewilligt (derzeit bewilligt bis 10.10.2015)
- für die Sozial- und Verfahrensberatung wurden bislang 14 Stellen bewilligt, 5,2 Stellen konnten besetzt werden; zusätzlich sollen zeitnah weitere zehn Stellen geschaffen werden, weitere zehn Stellen wurden vom RP beantragt; nach dem Personalschlüssel des Landes ist eine Betreuungsquote von 1:100 vorgesehen.

5. Verteilung der Erstaufnahmeplätze in Baden-Württemberg:

Derzeit gibt es in Baden-Württemberg etwa 25.000 Erstaufnahmeplätze. Diese Plätze verteilen sich auf die 4 Regierungspräsidien wie folgt:

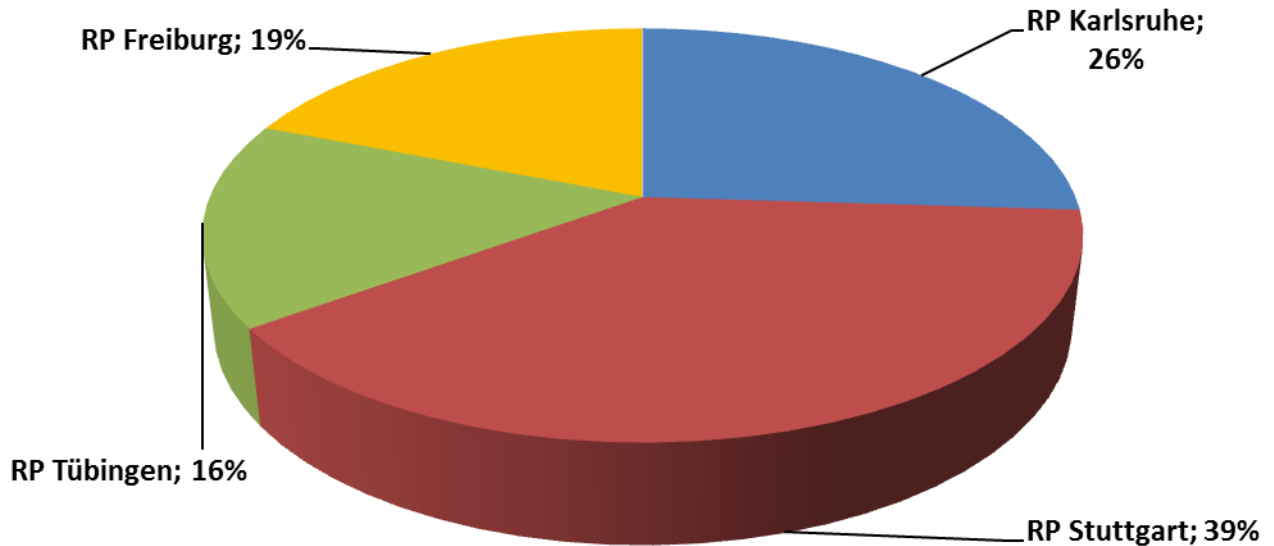
a) tatsächliche Verteilung



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren

b) Verteilung nach Königsteiner Schlüssel

Würde der bewährte Königsteiner Schlüssel, der eine gleichmäßige und gerechte Inanspruchnahme aller 4 Regierungspräsidien garantiert, bei der Verteilung der Flüchtlinge in Baden-Württemberg zugrunde gelegt, müssten sich die 25.000 Plätze wie folgt verteilen:



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren

6. Fazit

Eine gleichmäßige Verteilung ist derzeit nicht der Fall. Das RP Karlsruhe „schultert“ fast die Hälfte der Erstaufnahmeplätze in Baden-Württemberg.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
WO 4	-	Verdrängungsprozesse verhindern
SOZ 1	-	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
KU 1	-	Kommunikation und Begegnung fördern
		Begründung: Standorte, an denen mehrere tausend Menschen gemeinsam an einem Ort untergebracht sind, verhindern die Erreichung dieser Ziele.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner